

Zu reich für den Kapitalismus:

Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie

Investitionsentscheide sind Weichenstellungen für die Zukunft. Die Art, wie diese Entscheide gefällt werden, bestimmt die Entwicklungsaussichten einer Gesellschaft. Im Kapitalismus werden sie massgeblich von privaten Gewinninteressen geprägt. Angesichts der enorm gewachsenen Produktivität moderner Gesellschaften führt dieser Umstand zu immer grösseren Verwerfungen und Schäden. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist in ihrem Kern nur aus einer solchen Sicht zu verstehen: Es handelt sich um eine Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Die Art, wie das Investitionsgeschehen bestimmt wird, neu zu ordnen, ist deshalb zur zentralen gesellschaftlichen Aufgabe geworden.

Die Krise der Investitionsfunktion weist eine qualitative und eine quantitative Seite auf. Der Druck zur Gewinnoptimierung unter Konkurrenzbedingungen treibt die Unternehmen dazu, Investitionen ohne Rücksicht auf die Folgen für Menschen, Natur und Lebensräume zu tätigen. Zu diesen Folgen gehören die Plünderung der natürlichen Ressourcen, die Umweltverschmutzung, die Gefährdung des Klimagleichgewichts. Ebenso zählt die enorme materielle Ungleichheit in den Lebensbedingungen der Menschen dazu. Diese Ungleichheit wird durch die Ausrichtung der Investitionen auf kaufkräftige Bevölkerungsschichten aufrechterhalten und vertieft. In die Entwicklung und das Marketing fragwürdiger neuer Produkte werden Unsummen investiert – etwa in immer schwerere Autos oder in Medikamente ohne echten Zusatznutzen. Für die Entwicklung von Medikamenten zur Bekämpfung von Tropenkrankheiten hingegen wird wenig getan – ganz einfach

deshalb, weil in den Tropengürteln der Erde viel weniger Kaufkraft versammelt ist als in den gemässigten Zonen. In einer Welt des Überflusses bedingen sich so Hunger und Zerstörung einerseits, entgrenzter Konsumismus andererseits.

Da der Kapitalismus in seinem Kern blind ist für soziale und ökologische Anliegen, müssen sich soziale und politische Bewegungen den Folgen der Profitmaximierung unter grossen Anstrengungen entgegenstemmen. Diese Anstrengungen müssen immer wieder von neuem geleistet werden. Denn das Kapital versteht es, sich den sozialen und ökologischen Regulierungen zu entwinden, zum Beispiel dann, wenn sich die Probleme auf eine globale Ebene verlagern, auf der sich Regulierungen wegen der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern nur schwer durchsetzen lassen. Zudem stösst das Kapital laufend in neue technologische und gesellschaftliche Bereiche vor; Gegenbewegungen werden dabei ständig hintertrieben.

Das ist die qualitative Seite der Krise der Investitionsfunktion. Die ihr zugrundeliegenden Mechanismen wirken seit den geschichtlichen Anfängen des Kapitals und erst recht seit seinem Siegeszug im Kapitalismus. Das Ausmass der dadurch ausgelösten Schäden ist jedoch exponentiell gewachsen und verändert den Charakter der Bedrohungslage: Heute wird selbst das weltumspannende Klimasystem destabilisiert. Die zunehmende Mächtigkeit des gesellschaftlichen Reichtums macht einen zunehmend sorgfältigen Einsatz dieses Reichtums erforderlich. Diese Sorgfalt kann gegenwärtig – wenn überhaupt – nur noch unter grössten Anstrengungen gewährleistet werden. Moderne Gesellschaften sind ›zu gut‹ geworden für den Kapitalismus: Unsere Fertigkeiten und Kenntnisse, unsere industriellen Kapazitäten, unsere technischen Errenschaften sind derart wirkungsvoll, dass sie unter dem Diktat der Kapitalverwertung immense Schäden verursachen.

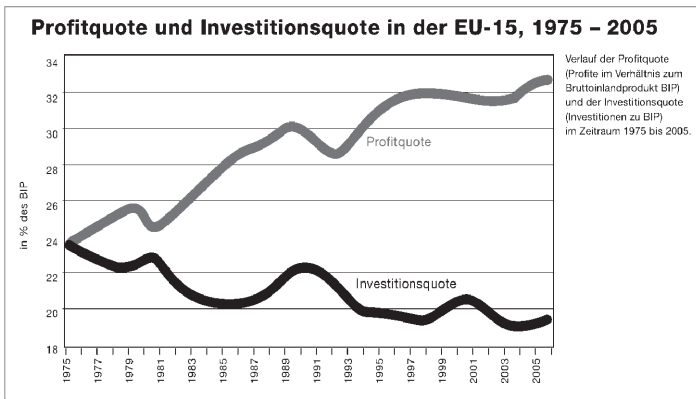
Die quantitative Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

Gesellschaften sind aber nicht nur zu gut, sondern auch zu reich geworden für die Dominanz des Kapitals: Das ist der quantitative Aspekt der Krise der Investitionsfunktion. Während die qualitativen Aspekte die Folgen betreffen, die für die Menschen und die Umwelt aus dem Kapitalverhältnis entstehen, sorgt der quantitative Aspekt dafür, dass das Kapitalverhältnis von innen her in Widersprüche verwickelt wird. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist der bisher schärfste Ausdruck dieser inneren Spannungen.

Dem SPD-Politiker Helmut Schmidt (deutscher Bundeskanzler von 1974 bis 1982) wird das bekannte Bonmot zugeschrieben, wonach die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien. Schmidt drückte damit die Haltung der gemässigten Linken seiner Zeit aus. Zielgrösse dieser gemässigten Linken war ein sozial gebändigter ›Kapitalismus für alle‹. Tatsächlich funktionierte dieser Kreislauf von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen während des goldenen Zeitalters des Kapitalismus (der 30 Jahre nach dem 2. Weltkrieg) leidlich – zumindest in den reichen Industrienationen. Dies bildete denn auch die Basis für die Sozialpartnerschaft der Nachkriegsjahre. Schmidt formulierte sein Diktum allerdings just zu einem Zeitpunkt, in dem es seine Gültigkeit einbüsste. Seit Mitte der 1970er-Jahre sind wir mit einem zunehmenden Paradoxon konfrontiert: Je mehr die Kapitalisten betonen, der goldene Weg zu Wohlstand führe über optimale Rahmenbedingungen für das Kapital, umso weniger investitionsfreudig scheint eben dieses Kapital zu sein. Zwar gelang es den herrschenden Eliten dank der neoliberalen Offensive, die Gewinne nach der Krise der 1970er-Jahre wieder wesentlich zu steigern. Doch während die Profitquote (Profite im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) in den letzten 30 Jahren deutlich angestiegen ist, trat nicht ein, was gemäss dem Schmidtschen

Diktum hätte eintreten müssen: Die Investitionsquote (reale Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) verzeichnete kein Wachstum, sie ging sogar zurück.

Diese Zusammenhänge tauchen in einer Fülle empirischer und statistischer Erhebungen auf (z.B. UNO, 2008 1/2), werden jedoch nur selten gewürdigt. Die kritischen Ökonomen Jörg Huffs Schmid und Michel Husson weisen mit Nachdruck auf diese Problematik hin (Huffs Schmid et al. 2007, S. 19 f. Husson 2009, S. 13 f. Husson 2009/2, S. 22 f.). Die nachstehende Grafik verdeutlicht den Zusammenhang am Beispiel der EU15:



Verlauf der Profitquote (Profite im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP) und der Investitionsquote (Investitionen zu BIP) im Zeitraum 1975 bis 2005

Diese quantitative Krise der Investitionsfunktion mündet in Finanz- und Wirtschaftskrisen, die einander in immer schnellerem Tempo ablösen. Der relative Rückgang der Investitionen führt zunächst einmal zu einer Überakkumulation von Kapital (Finanzvermögen). Laut Huffs Schmid (2009, S.13) stieg das weltweite nominelle Finanzvermögen im Zeitraum von 1980 bis 2007 um das 16-Fache von 12 Billionen auf 197 Billionen Dollar, während das Weltsozialprodukt in der gleichen Zeit nominell nur um das 5-Fache von 10.1 auf 55.5 Billionen Dollar wuchs.

Diese ›überschüssigen‹ Finanzvermögen werden in den Finanzmärkten platziert.

Ein weiteres Symptom ist die rasante Zunahme von Fusionen und Firmenübernahmen. Sie ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass sich die Unternehmen eine Verbesserung ihrer Marktposition nicht mehr in erster Linie durch ›inneres Wachstum‹, also durch Investitionen in neue Maschinen, Fabriken und Produkte erhoffen, sondern durch das Einverleiben von Konkurrenzunternehmen. In den Jahren 1985 bis 2003 haben weltweit knapp 300'000 Mergers and Acquisitions (Fusionen und Firmenübernahmen) mit einem Gesamtvolumen von 20'400 Milliarden US-Dollar stattgefunden. Allein in den Jahren 1992 bis 2000 ist der jährliche nominelle Wert der getätigten M&A-Geschäfte um das 7-Fache gestiegen (Kummer 2005, S. 1). Zwischenzeitlich sank dieses Volumen wegen der New-Economy-Wirtschaftskrise in den Jahren 2000 bis 2002 wieder um circa 30 Prozent. Im Jahr 2006 übertraf die Zahl der Mergers and Acquisitions den Rekordwert von 2000 aber erneut. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die M&A-AkteurInnen beträchtliche Risiken eingehen und das auch wissen. »In gut zwei Dritteln der Fälle sind Fusionen und Übernahmen für die Aktionäre wertvernichtend, diese Grundregel ist Finanzinvestoren wohl bekannt« (NZZ, 26.5.2008). Fusionen oder Firmenübernahmen dürften entsprechend, über alles gesehen, kaum zu Produktivitätssteigerungen führen, obwohl genau das in der Regel das Ziel ist (z.B. via economy of scales, das heisst Rationalisierungseffekte durch Grössenwachstum). Sie führen nicht zu einer verbesserten Produktivität, sondern zu einer Zentralisierung der Marktmacht durch die Ausschaltung von Konkurrenz.

Beispielhaft taucht die Schwierigkeit, produktive Investitionen tätigen zu können, auch in den Berichterstattungen über einzelne Unternehmen auf. So schrieb die NZZ am 14.1.2004 zur Lage der Ems-Chemie: »Ein Grundproblem bleibt indessen bestehen: Die Ems-Chemie erzeugt mit ihren industriellen Aktivitäten viel mehr flüs-

sige Mittel, als sie zum Betreiben des operativen Apparats benötigt. 2003 machten die Investitionen nur gerade 17.4 (i.V. 31.4)% des generierten Cash-Flows aus. Was also tun mit dem vielen Geld, wenn man es nicht mehr in Beteiligungen stecken kann?« Der Tages-Anzeiger zitierte den Novartis-Finanzchef Raymond Breu anlässlich der milliardenschweren Gewinne des Pharmakonzerns im Januar 2005 mit den Worten: »Wir verfügen über zu viele liquide Mittel.« Dies, nachdem der Konzern zuvor während acht aufeinanderfolgenden Jahren die Dividende erhöhen und umfangreiche Aktienrückkäufe finanzieren konnte (Tages-Anzeiger, 21.1.2005). Die Wirtschaftszeitschrift Cash präsentierte im März 2006 eine Übersicht über die »prallvollen Kriegskassen« der Schweizer Konzerne. Gemäss Cash belief sich die Summe der unverteilter Gewinne für die 19 grössten Schweizer Unternehmen ohne Finanzinstitute (d.h. ohne Banken und Versicherungen) Ende 2005 auf 52 Milliarden Franken. Dies führe zu einem hohen Druck Richtung Firmenübernahmen und Fusionen. Cash zitiert einen Profi des M&A-Geschäftes: »Wer in den nächsten sechs Monaten nicht zugreift, wird selbst geschluckt« (Cash, 9. März 2006).

Die Folgen der Schere zwischen Profiten und realen Investitionen sind auf Dauer verheerend. Spekulationsblasen entstehen in immer rascherer Folge. Zwischendurch mag es erscheinen, als habe sich eine virtuelle New Economy gebildet, basierend auf Wissen und Kreativität statt auf Arbeit, verwirklicht in den luftigen Welten der Finanzmärkte oder der Internetfirmen, abgekoppelt von der so genannten Realwirtschaft. Doch diese Illusion wird immer wieder gründlich zerstört. Dschungelhaft verschlungene Derivate, windige Informatikfirmen, manipulierte Rating-Agenturen scheinen die Gravitationskraft des Realen während zwei, drei Spekulationsjahren ausser Kraft zu setzen. Doch auch das Finanzkapital kann seine Renditeerwartungen letztlich nur auf der Basis real geschaffener Werte einlösen.

Wie gefährlich die Eigendynamik auf den Finanzmärk-

ten werden kann, hat nicht erst die neueste Finanzkrise von 2007/2008 gezeigt. Bereits frühere Krisen haben ganze Volkswirtschaften in Abgründe gestürzt, etwa die Asienkrise 1997/98 oder die Argentinienkrise 2000. Doch 2007/2008 wurden erstmals auch die Finanzzentren in den USA und in England erfasst – und damit die ganze Welt.

Warum sinkt die Investitionsquote trotz steigender Profite?

Wie aber lässt sich das Absinken der Investitionsquote erklären? Ein erster Grund liegt in der zunehmenden Rationalisierung der industriellen Produktion. Dank der enormen Steigerung der Produktivität in den letzten Jahrzehnten können Industriegüter mit immer kleinerem Aufwand hergestellt werden. Manchmal (nicht immer) drückt sich dies in sinkenden Preisen aus, etwa für Personal Computer, die immer weniger kosten, obwohl sie immer mehr leisten. Dieser Trend erfasst nicht nur die Herstellung bestehender Produkte. Vielmehr wird die Gesamtheit aller Produktionsverfahren immer effizienter, und neue Produkte werden von Anfang an darauf ausgelegt, dass sie möglichst automatisiert hergestellt werden können. Die Entwicklung wird so beschleunigt, dass auch die Produktionsmittel selbst (Maschinen, Fertigungsanlagen etc.) immer produktiver hergestellt werden können. Die Fertigung kann dank einer neuen Generation von Maschinen viel rascher ablaufen, obwohl diese Maschinen deutlich weniger kosten. Deshalb lohnt es sich, die Rationalisierungsschritte immer umfassender anzulegen. So hat Coca-Cola Schweiz eine neue Abfüllanlage installiert, deren Kapazität ausreicht, um sämtliche Getränke aller Hersteller in der Schweiz in Flaschen abzufüllen, und das zu den landesweit günstigsten Preisen. Entsprechend werden ›auf der grünen Wiese‹ immer häufiger ganze neue Fabriken erstellt, wo früher noch in eine partielle Erneuerung des Maschinenparks investiert worden wäre.

Die Einführung rationellerer Fertigungsmethoden er-

laubt es einem einzelnen Unternehmen, günstiger zu produzieren als die Konkurrenz. So erzielt es einen Extraprofit und kann Marktanteile gewinnen. Dieses Spiel gelingt so lange, bis alle überlebenden Unternehmen der Branche das neue Rationalisierungsniveau erreicht haben – nur um dann von neuem wieder loszugehen. Dieser Kreislauf erschöpft sich aber nun zunehmend. Sind Fabriken erst einmal weitgehend oder vollständig automatisiert, dann lässt sich keine menschliche Arbeit mehr wegrationalisieren. Auch in China oder Indien werden heute keinesfalls mehr veraltete, sondern hochmoderne, auf hohem Stand automatisierte Fabriken gebaut. Die Entwicklung geht natürlich nur tendenziell in die Richtung der Vollautomatisation, die Tendenz ist aber genügend stark, um den Kapitalismus in eine historische Krise zu manövrieren: in die Krise der Investitionsfunktion.

Gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze hat der Industriesektor in den letzten 50 Jahren denn auch massiv an Gewicht verloren. Typischerweise beträgt der Anteil der Arbeitsplätze im so genannten zweiten Wirtschaftssektor (Industrie und Gewerbe) in den meisten Industrienationen der Welt noch zwischen 20 und 25 Prozent. Stellt man zusätzlich in Rechnung, dass die eigentliche Güterfertigung innerhalb der Industrie gegenüber Entwicklung, Marketing, Verkauf und EDV ebenfalls massiv zurückgegangen ist, dann wird das Ausmass der Schrumpfung noch deutlicher. Zum Beispiel in der chemisch-pharmazeutischen Industrie der Schweiz: Am Ende des 2. Weltkriegs betrug der Anteil der in der Produktion Beschäftigten rund 70 Prozent des gesamten Personalbestandes. Dieser Anteil sank kontinuierlich und beläuft sich heute auf rund 30 Prozent. Dies macht deutlich, dass es sich um einen Prozess handelt, dessen Ausmass mit der Schrumpfung der Bedeutung der Landwirtschaft in der vorangegangenen Epoche vergleichbar ist.

Dank der elektronischen Informationsverarbeitung sind nicht nur in der eigentlichen Produktion, sondern auch in der Administration und der Datenverarbeitung enorme

Produktivitätsfortschritte erzielt worden. Ein Teil der Dienstleistungen stand in den letzten 30 Jahren also ebenfalls unter hohem Rationalisierungsdruck. Hingegen gibt es einen grossen Bereich, in dem eine solche Entwicklung nur beschränkt möglich ist. Es handelt sich um die personenbezogenen Dienstleistungen, bei denen die Konsumation nicht von der Produktion getrennt werden kann und die Gegenwart der EmpfängerInnen der Dienstleistung unabdingbar ist, also zum Beispiel Dienste, die der Gesundheit der Menschen oder ihrer persönlichen Entwicklung dienen (z.B. Bildung). Die beschränkte Rationalisierbarkeit dieser Art von Dienstleistungen bringt Mascha Madörin pointiert zum Ausdruck: »Man kann zwar schneller Autos produzieren, aber nicht schneller Kinder erziehen« (Madörin, 2009). Für die Gesundheitsversorgung gilt sinngemäss: Man kann zwar Medikamente rationeller produzieren, aber Kranke nicht schneller gesundpflegen, als es der Heilungsprozess zulässt.

Das relative Gewicht dieser personenbezogenen Dienste an der gesamten Wirtschaftsleistung hat denn auch in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Sie bleiben arbeitsintensiv, und sie sind gerade deshalb für das Kapital nur von beschränktem Interesse, weil das fehlende Rationalisierungspotenzial die Profitaussichten beschränkt und Monopolstellungen verunmöglicht. Das ist der zweite zentrale Grund für die akute Krise der Investitionsfunktion: Das Kapital ist in die Klemme geraten zwischen einer Güterproduktion, in der der Raum für Rationalisierungsinvestitionen tendenziell schrumpft, und einem Sektor personenbezogener Dienstleistungen, der für Rationalisierungsinvestitionen nur beschränkt verfügbar ist.

Wissen und Profite

Kommt eine weitere Erschwernis dazu. Sie entsteht dadurch, dass die Verarbeitung von Informationen anderen Regeln folgt als die der Güterherstellung. Deutlich wird das am Beispiel der Softwareprogrammierung. Hier ist die

Entwicklung alles, die ›Fertigung‹ nichts. Die Ergebnisse der Informationsverarbeitung können – im Gegensatz zu materiellen Gütern wie einer Waschmaschine oder einem Tisch – beliebig vermehrt/reproduziert werden, ohne einen Arbeits- und Kostenaufwand hervorzurufen. Dem entspricht, dass die Nutzung informationsbasierter Produkte keinen Verschleiss erzeugt. Ein Brot lässt sich nur einmal essen, ein Computerprogramm aber unendlich oft gebrauchen. Der Aufwand für die Erstellung von Software, Bildern, Musikstücken, Filmen etc. liegt in der Produktentwicklung, nicht in der Produktherstellung. Letztere besteht nur noch im Kopieren elektronischer Daten.

Dementsprechend beschränken sich auch die Investitionen auf die Produktentwicklung. Ihre kommerzielle Nutzung ist nicht mehr dadurch gesichert, dass die Herstellung nur für jene möglich ist, die das Kapital für die Produktionsanlagen aufbringen können. Deshalb drängt das Kapital so sehr darauf, Informationen und Informationsnutzung zu privatisieren. Statt die informationsbasierten Güter allen zur freien Verwendung und zur Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, versucht das Privatkapital den Gebrauch zu limitieren. Nur so kann überhaupt noch ein Preis für diese Güter erzielt werden. Diese Limitierung beruht auf Monopolstellungen, die mit gesetzlichen und repressiven Massnahmen (Patente, Lizenzen, technischer Kopierschutz, Bestrafung von ›Raubkopien etc.) gesichert werden müssen. Je dominanter der Entwicklungsaufwand bei einem Produkt ist, desto stärker muss sich das Kapital also darum bemühen, die »potenzielle Fülle der menschlichen Intelligenz in Knappheit zu verwandeln« (Gorz, 2004).

Paradoxerweise führt dies sowohl zu einer Steigerung der Profite als auch zu einer erhöhten Verletzlichkeit der Grundlagen, auf denen diese Profite erzielt werden. Eine steigende Profitquote konnten in den letzten 30 Jahren zu einem guten Teil Branchen verzeichnen, in denen Wissen und Informationsverarbeitung eine zentrale Rolle spielen. Demgegenüber mussten sich das Gewerbe und

die klassische Industrie mit vergleichsweise bescheidenen Gewinnmargen zufriedengeben (Rieger, 2009). Zu den grossen Abräumern zählten vor allem Software-Firmen, Pharmakonzerne, Banken und Finanzinstitute. Die Profite dieser Unternehmen basieren auf Patenten (z.B. für eine Software-Nutzung) und auf Wissensmonopolen (z.B. über die Mechanismen auf den Finanzmärkten). Werden diese wissensbasierten Monopole jedoch aufgebrochen, dann zerfällt die Unternehmensbasis dieser Konzerne. Darin besteht die Verletzlichkeit ihrer Grundlagen. Ein solcher Zerfall würde beispielsweise eintreten, wenn sich in der Informatik Open-Source-Produkte durchsetzen könnten, wenn in der Pharmaindustrie offene Patente Einzug halten würden (wichtige Ansätze dazu bestehen bereits), oder wenn die Finanzmärkte wesentlich stärker reguliert und damit transparenter würden. Für alle drei Bereiche besteht bereits ein beträchtlicher gesellschaftlicher Druck in diese Richtungen, denn die Privatisierung von Wissen reduziert die optimale Nutzung durch die Gesellschaft erheblich. André Gorz drückte dies treffend aus: »Wissen ist keine ordinäre Ware, sein Wert ist unbestimmbar, es lässt sich, insofern es digitalisierbar ist, endlos und kostenlos vermehren, seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit, seine Privatisierung reduziert sie und widerspricht seinem Wesen. Eine authentische Wissensökonomie wäre eine Gemeinwesenökonomie, in der die Grundkategorien der politischen Ökonomie ihre Geltung verlieren und in der die wichtigste Produktivkraft zum Nulltarif verfügbar wäre« (Gorz, 2004, S. 79). Beispiel Wikipedia: Der Erfolg der Online-Enzyklopädie basiert auf einer Form von Geschenkwirtschaft, denn die AutorInnen der Lexika-Einträge arbeiten alle unentgeltlich. Trotzdem ist die Qualität von Wikipedia dem altehrwürdigen Brockhaus bereits überlegen.

Die blockierte Nachfrage

Diese drei Trends – Rückgang der Rationalisierungspotenziale in der Güterfertigung, weitgehende Resistenz der

personenbezogenen Dienstleistungen gegenüber Rationalisierungen, zunehmende Bedeutung von Wissen und Informationsverarbeitung – ziehen die gegenwärtige, kapitalistisch geprägte gesellschaftliche Investitionsfunktion in eine tiefe Krise. Die Tatsache, dass die Profitquote und die Investitionsquote auseinanderlaufen, verleiht dieser Krise einen zunehmend explosiven Charakter. Hinzu tritt ein weiterer Widerspruch, der infolge der Dynamik der Krisen an Schärfe gewinnt.

Krisen verstärken im Kapitalismus die Konkurrenz. Einzelne Unternehmen sehen sich deshalb veranlasst, ihre Kosten zu senken. Damit entsteht Druck auf die Arbeitsbedingungen und auf die Löhne. Die Unternehmen verlagern Teile der Produktion in Niedriglohnländer, erhöhen die Arbeitsrhythmen, führen Arbeit auf Abruf ein und so weiter. Alle diese Massnahmen führen zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zulasten der LohnbezügerInnen und zugunsten der KapitalbesitzerInnen. Die Lohnquote (Anteil der Löhne am BIP) ist denn auch in allen wichtigen OECD-Ländern über die letzten 20 Jahre gesunken.

Damit wird aber auch die Nachfrage nach den Produkten und Diensten der Privatwirtschaft beeinträchtigt. Die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsteile hält nicht mit der Ausweitung der Produktion Schritt. Diese Einschränkung der Nachfrage könnte mit einer Steigerung der staatlichen Nachfrage kompensiert werden. Allerdings müsste eine staatliche Nachfrage auch finanziert werden. Nun sind aber in den letzten Jahren ausgerechnet jene Steuern gesenkt worden, die auf Unternehmensgewinne, hohe Einkommen und Vermögen abzielen. Stattdessen bezahlen die Lohnabhängigen – zum Beispiel über die Mehrwertsteuer – einen wachsenden Anteil der Staatsausgaben. Die Folge ist eine weitere Einschränkung der Massenkaukraft, die die ökonomische Entwicklung abbremst. In den USA manifestierte sich diese Entwicklung besonders deutlich, weshalb versucht wurde, die Nachfragerücke mit einem massiven Ausbau der Konsumkredite (z.B. günstige ›Subprime‹

Hypotheken auch für Leute ohne finanzielle Sicherheiten) zu kompensieren. Die Einschränkung der Massenkauftkraft lässt sich dauerhaft jedoch nicht mit Konsumkrediten beheben, wie die Subprime-Krise nachdrücklich belegt.

Antworten auf die Krise der kapitalistischen Investitionsfunktion

Alle diese Entwicklungen haben die Schmidt'sche Formel von den heutigen Gewinnen und den morgigen Arbeitsplätzen ins Gegenteil gekehrt. Die tiefer liegende Krise des Kapitalismus konnte mit der neoliberalen Wende nur hinausgeschoben, nicht jedoch aufgehoben werden. Die Gewinne von heute sind zu den Finanzblasen von morgen und den Wirtschaftskrisen von übermorgen geworden. Damit ist die quantitative Seite der Krise der Investitionsfunktion treffend auf den Punkt gebracht.

Der ökonomische Mainstream ignoriert nun allerdings die geschilderten Entwicklungen mit einer Hartnäckigkeit, die verdeutlicht, in welchem Masse die vorherrschende Ideologie die Ideologie der Herrschenden ist. Unerbittlich wird das Mantra des Kapitals wiederholt: Die Bedingungen für die Kapitalakkumulation seien zu verbessern, der diesbezügliche Wettbewerb der Standorte anzukurbeln. Damit wird aber lediglich die Dosis des Giftes erhöht, an dem die Gesellschaften krank geworden sind: Mehr vom selben, also ›mehr Kapitalismus‹, wird die Krise verstärken.

Welche Möglichkeiten gibt es, um adäquate Antworten auf die Krise zu finden? Wir skizzieren hier fünf Wege, die wir als zentral für die erforderliche Transformation der gesellschaftlichen Investitionsfunktion betrachten.

Erhöhung der Lohnquote

Der erste Pfad besteht darin, die Lohnquote wieder zu erhöhen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Einkommenslage der LohnbezügerInnen und der armen Bauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert werden muss. Dasselbe gilt für die kleinen und

mittleren Einkommen in den reichen Nationen. Für diese Bevölkerungsschichten ist eine Erhöhung der individuellen Kaufkraft essenziell, und sie ist ein zentrales Gebot der Verteilungsgerechtigkeit. Eine Erhöhung der Lohnquote führt implizit auch zu anderen Investitionsentscheidungen: Investitionen in Konsumgüter, in privat erbrachte Dienste und in den Tourismus werden gestützt, Investitionen in Finanzprodukte reduziert. Allerdings werden dabei konsumistische Tendenzen nicht in Frage gestellt, und die Belastung der Umwelt wird nicht reduziert. Ebenfalls ausser Acht bleibt die Tatsache, dass die Mehrung des Wohlstands heute zunehmend über einen Ausbau der Gemeingüter erfolgt, nicht über eine Erhöhung individueller Kaufkraft. Gemeint sind etwa eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung für alle sowie attraktive Lebensräume und Kulturangebote. Die Nutzung dieser Gemeingüter soll als Service public oder in den Formen einer entkommerzialiserten Ökonomie (siehe weiter unten) allen zur Verfügung stehen und nicht über Marktmechanismen und über die individuelle Kaufkraft verteilt werden. Eine Stärkung der Marktmechanismen im Bildungs- und Gesundheitsbereich wäre der Qualität, der Effizienz und der Zugänglichkeit für weniger kaufkräftige Bevölkerungsschichten abträglich – eine Erfahrung, die in den USA eindrücklich nachvollzogen werden kann.

Umverteilung der Finanzvermögen und -erträge

Der zweite Pfad besteht in der Umverteilung der verfügbaren Finanzvermögen und -erträge zugunsten der öffentlichen Hand. Steuern können ein Instrument sein, um investitionsfähige Ressourcen umzulenken. Dafür ist es erforderlich, diejenigen Steuern zu erhöhen, die Rückverteilungseffekte auslösen. Die primäre Ungleichverteilung zwischen Unternehmen und LohnbezügerInnen, zwischen Abzockerbranchen und dem Rest der Wirtschaft soll korrigiert werden. Unternehmenssteuern (und hier insbesondere Steuern, die die Finanzinstitute betreffen), Steuern auf hohen Erbschaften und Vermögen, Steuern auf Finanztrans-

aktionen, auf hohem Einkommen und Boni erzeugen diese Wirkung. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten, Steuern zu hinterziehen und zu vermeiden, unterbunden werden. Das Denknetz hat für die Schweiz eine Steueragenda erarbeitet (www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Zusammenfassung_Richtig-Steuern.pdf). Jedes Jahr sollen rund fünf Prozent des BIP – das sind rund 25 Milliarden Franken – mittels Steuern rückverteilt werden. So soll einerseits ein qualitativ hochstehender Service public gesichert werden, andererseits eine demokratische Investitionsagenda angestossen werden.

Einfluss auf private Investitionsentscheide

Ein dritter Pfad besteht darin, auf die Investitionsentscheide privater KapitalbesitzerInnen Einfluss zu nehmen. Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten, zum Beispiel gesetzliche Vorschriften, marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente oder Kampagnen, die das Konsumverhalten der Leute verändern. Auf marktorientierten Wegen war (und ist) es immer wieder möglich, interessante Entwicklungen anzustossen, etwa im Bereich der Umweltprodukte oder des Fair-Trade. Als Transformationspfad, also als Pfad zur Veränderung zentraler Macht- und Entscheidungsstrukturen, muss dieser Weg jedoch als gescheitert betrachtet werden. Er kann sich sogar ins Gegenteil kehren: Umweltschutz und Fair-Trade verkommen zu Nischenmärkten, auf denen den Menschen mit nachhaltigen und sozialen Wertvorstellungen zusätzliches Geld abgeknöpft wird. Deutlich wirksamer sind klare Vorschriften und Verbote, wie das Beispiel der Einführung des Katalysators bei Motorfahrzeugen belegt. Dank des weltweit durchgesetzten Katalysators für sämtliche Neuwagen konnten die Stickoxydwerte in der Luft innerhalb weniger Jahre markant gesenkt werden. Ähnliches gilt für die Regulierung der Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem und vertraglichem Weg. Gebote, Verbote und Regulierungen sind in den öffentlichen Diskursen der vergangenen Jahre allerdings systematisch diskreditiert worden; vielmehr wurde die Ar-

beitswelt in erheblichem Masse dereguliert und flexibilisiert. Verbote und Gebote müssen deshalb als Instrumente der Umwelt- und Sozialpolitik rehabilitiert werden.

Die Sozialisierung von Unternehmen

Ein vierter Weg besteht in der Sozialisierung von Unternehmen. Während Jahren als schlimmes Übel aus der kommunistischen Mottenkiste verunglimpft, haben Verstaatlichungen in der jüngsten Vergangenheit eine unerwartete Renaissance erlebt, in den OECD-Ländern allerdings unter dem alleinigen Vorzeichen der Rettung der Finanzmärkte und grosser Autokonzerne. Das Tabu ist jedoch gebrochen, und das ist gut so. Es darf nicht mehr länger geduldet werden, dass zentrale öffentliche Anliegen von den privaten Eignern der mächtigen Unternehmen hintertrieben und unterlaufen werden. In Lateinamerika werden gegenwärtig interessante Erfahrungen mit neuen Rechtsformen gemacht, etwa mit Privatunternehmen, die bereit sind, ihre soziale Verantwortung zu übernehmen, oder mit staatlichen Betrieben, die von den Belegschaften in Selbstverwaltung geführt werden (Azzellini, 2006).

Die Entkommerzialisierung des Ökonomischen

Ein fünfter Pfad besteht in der Entkommerzialisierung des Ökonomischen. Ökonomie wird beileibe nicht nur dann betrieben, wenn Geld im Spiel ist. Der bedeutsamste Sektor einer nichtkommerziellen Ökonomie ist die privat erbrachte Care-Arbeit: die Sorgearbeit in der Erziehung von Kindern, in der privaten Betreuung von Kranken, in der Pflege von zwischenmenschlichen Beziehungen und ›privaten‹ Lebensräumen. Zu den nichtkommerziellen Formen der Ökonomie gehört auch all jene nützliche Arbeit, deren Ergebnisse der Allgemeinheit frei verfügbar gemacht werden, zum Beispiel in Form von Open-Source-Programmen oder von Wikipedia-Einträgen. Stefan Meretz drückt dies für die Informatikszene in folgenden Worten aus: »Was woanders Hobby heisst, ist hier Spitze der Produktivkraftentwicklung« (zitiert nach Gorz 2004, S. 91). Ein vorran-

giger Weg zur Stärkung entkommerzialisierter Arbeit ist ferner die deutliche Senkung der Erwerbsarbeitszeit, zum Beispiel in Form der 4-Tage-Woche oder eines Sabbaticals während der biografischen Periode der Erwerbsarbeit, finanziert als Variante zu einer flexiblen Frühpensionierung. Eine wichtige Rolle in einer entkommerzialisierten Ökonomie spielen auch die Bildungsinstitutionen und die öffentlich finanzierte Forschung. Statt diese Institutionen dem Druck der Fremdmittelfinanzierung auszusetzen und zu einer partiellen Kommerzialisierung zu zwingen, sollten sie vermehrt Freiräume gewähren, in denen sich Lehrende und Lernende an nichtkommerziellen Formen der Güter- oder Wissensproduktion beteiligen können.

In diesem Sinne plädieren wir für eine demokratische Investitionsagenda, mit der eine Verlagerung der Investitionsmittel und Investitionsentscheide unter ein demokratisch legitimes Regime angestrebt wird (Ringger 2010).

Fazit

Die Industrie- und Konsumgüterproduktion ist heute in hohem Masse rationalisiert, während die personenbezogenen Dienstleistungen und die wissensbasierte Ökonomie sich einer entsprechenden Rationalisierungslogik entziehen. Letztere absorbieren laufend mehr Arbeitskräfte, können jedoch nur beschränkt für die Erzielung privater Profite nutzbar gemacht werden. Deshalb entsteht ein Mangel an realwirtschaftlichen Investitionsfeldern, die aus Sicht des Kapitals lohnenswert sind. Das Kapital weicht auf die Finanzmärkte aus, die zunehmend aufgebläht werden und von Spekulationsblase zu Spekulationsblase taumeln. Die Gewinne von heute sind die Finanzblasen von morgen und die Wirtschaftskrisen von übermorgen.

Die gesellschaftliche Investitionsfunktion ist im Kapitalismus jedoch nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht dysfunktional geworden. Konsumismus und Elend existieren nebeneinander. Umweltver-

schmutzung, Plünderung der natürlichen Ressourcen und Klimawandel scheinen nicht aufzuhalten zu sein. Der vorherrschende ideologische Mainstream ignoriert diese Entwicklungen und hält eisern am alten neoliberalen Kanon fest, wonach es in erster Linie darum gehe, die ›Rahmenbedingungen‹ für die Kapitalakkumulation zu verbessern. Damit wird die Problemlage jedoch angeheizt und nicht entschärft. Dies gilt es der Bevölkerung klar zu machen.

Nur die Neugestaltung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion wird es erlauben, die modernen Gesellschaften auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen: Auf einen Weg hin zu Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als zentralen Leitplanken des Wirtschaftens. Es braucht konkrete Vorstellungen, wie eine alternative Entwicklung aussehen könnte. Dazu gehört die Rückverteilung eines massgebenden Teils des Finanzvermögens mittels einer Steueroffensive, dank der jedes Jahr fünf Prozent des BIP in demokratische Hände gelenkt werden. Höher besteuert werden sollen Unternehmen (insbesondere Finanzinstitute), Erbschaften, hohe Einkünfte, hohe Vermögen und Finanztransaktionen. Steuerhinterziehung und -vermeidung sind Diebstahl an der Allgemeinheit und müssen vermöglicht werden.

Die neuen Finanzmittel erlauben die Verwirklichung einer sozialen und ökologischen Investitionsagenda: den Ausbau des Service public und zielgerichtete Investitionen in den ökosozialen Umbau der Gesellschaft. Auszubauen ist der Raum, der entkommerzialisierte Formen des Ökonomischen ermöglicht: die Care-Ökonomie, die öffentliche Forschung und Entwicklung, die Bereitstellung von Wissen und Information, von freier Software und von nicht-kommerziellen Kultur- und Therapieangeboten. In diesem Zusammenhang gehören auch zeitgemässe Formen der Arbeitszeitverkürzung wieder auf die politische Agenda.

Literatur

- Altvater, Elmar (2009): Globale Finanzkrise und der Staat. In: Widerspruch 57/2009, Zürich
- Azzellini, Dario (2006): Venezuela Bolivariana. Köln.
- Chesnais, François und Claude Serfati (2004): Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Gorz, André (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zürich.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des ›neuen‹ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Huffs Schmid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg.
- Huffs Schmid, Jörg und Margit Köppen, Wolfgang Rhode (Hsg.) (2007): Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Hamburg.
- Huffs Schmid, Jörg (2009): Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen. In: Denknetz-Jahrbuch 2009.
- Husson, Michel (2009): Kapitalismus pur. Stuttgart.
- Husson, Michel (2009/2): Crise de la finance ou crise du capitalisme? In: Denknetz-Jahrbuch 2009.
- Kummer, Christian (2005): Internationale Fusions- und Akquisitionsaktivität. Wiesbaden.
- Madörin, Mascha (2009): Im Gesundheitswesen werden keine Autos montiert. In: Olympe, Feministische Hefte zur Politik, Heft 30/2009.
- Mandel, Ernest (1971): Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt a.M.
- Rieger, Andreas (2009): Die Renditen-Schere öffnet sich – Bricht der Block der Wirtschaftsmächte auf? http://uniablog1.us08.snowlakehosting.ch/blog1/wp-content/uploads/2009/12/Krise-und-Wirtschaftsmächte-20-11-09-_3_.pdf
- Ringer, Beat (Hsg.) (2008): Zukunft der Demokratie – Ein postkapitalistisches Projekt. Zürich.
- Ringer, Beat (2010): Die Denknetz-Investitionsagenda. Eine Skizze. In: Denknetz-Jahrbuch 2010. Zürich.
- Schäppi, Hans: Auswege aus der Wirtschaftskrise – Eine Strategie von unten. In: Widerspruch 57/2009, Zürich.
- UNO (2008/1): Medienmitteilung vom 1. Juli 2008 anlässlich des UN's 2008 World Economic and Social Survey.
- UNO (2008/2): World Economic and Social Survey 2008.

Was ist die gesellschaftliche Investitionsfunktion?

Die ersten Menschen ernährten sich vom Jagen und Sammeln. Einen Mehrertrag, der über den unmittelbaren täglichen Bedarf hinausgegangen wäre, erzielten sie nur sporadisch. Erst mit der Entwicklung der Landwirtschaft konnte ein regelmässiger Überschuss an lebensnotwendigen Gütern erreicht werden. Die landwirtschaftliche Produktionsweise machte einen solchen Überschuss nicht nur möglich, sondern auch notwendig: Ein Teil der Lebensmittel musste zwingend gespart werden, um im nächsten Jahr wieder säen zu können. Nur mit diesem Verzicht auf den Konsum eines Teils der Getreideernte war die Aussaat im Folgejahr gesichert.

Der regelmässige landwirtschaftliche Mehrertrag bot die Voraussetzung dafür, dass die Herstellung von Gebäuden, Geräten, Waffen, Gefässen, Kleidern usw. laufend verbessert werden konnte. Die Entdeckung und Entwicklung neuer Rohstoffe und Fertigungsverfahren, zum Beispiel in der Erzgewinnung und der Metallverwertung, verliehen diesem Prozess mächtigen Auftrieb. Investitionen wurden nun zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kategorie. Nun konnten sich Prozesse und Kreisläufe etablieren, in denen menschliche Gemeinschaften regelmässig sparten und das Ersparte gezielt investierten. Die Investitionen dienten einerseits dazu, den Stand des gesellschaftlichen Ertrages zu erhalten. Sie fingen den Verschleiss auf, dem Werkzeuge, Gebäude, Transportmittel und anderes mehr ausgesetzt waren. Andererseits förderten sie aber auch die Ausweitung der Produktion oder die Verbesserung der Produktionsmittel, und sie wurden nötig für den Erhalt und die Entwicklung menschlicher Fertigkeiten (z.B. durch Schulen, Universitäten).

Die Strukturen und Prozesse, die im Zusammenhang mit solchen Investitionen stehen, bezeichnen wir als gesellschaftliche Investitionsfunktion. Die Ausprägung dieser Funktion bestimmt die Entwicklungsdynamik einer Gesellschaft. Die Investitionsfunktion beantwortet folgende Fragen: Wie und durch wen werden Ersparnisse erzielt, wie also wird ein regelmässiger Mehrertrag gesichert, der nicht

verkonsumiert wird? Wie wird dieser Mehrertrag verteilt? Wer entscheidet über die investive Verwendung dieses Mehrertrags, nach welchen Interessen und unter welchen Rahmenbedingungen?

Eine besondere Dynamik entstand durch die Vorteile, die mit zentralen Infrastrukturen zu erzielen waren, zum Beispiel durch landwirtschaftliche Bewässerungssysteme in den Regionen des nahen Ostens und Ägyptens, oder durch Straßennetze, die den Warenaustausch erleichterten. Solche Infrastruktursysteme machten eine entsprechende Zentralisierung des gesellschaftlichen Reichtums nötig, weil nur so genügend Mittel vereint werden konnten, um aufwändige Projekte realisieren zu können. Kriegerische Auseinandersetzungen vermittelten weitere mächtige Anstöße für die Zentralisierung von Reichtum und Macht. Die Ausbildung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion ging deshalb einher mit sozialen Differenzierungen und mit der Ausbildung gesellschaftlicher Klassen. Die Investitionsfunktion wurde so durch die Verteilungsfrage überlagert. Die herrschenden Schichten eigneten sich einen erheblichen Teil des erarbeiteten Reichtums an, und zwar nicht in der Absicht, ihn zum Nutzen der Gesamtbevölkerung zu investieren, sondern um ihn für die eigenen Konsumbedürfnisse zu verwenden. Diese Entwicklung hat den gesellschaftlichen Fortschritt in erheblichem Masse behindert und verlangsamt.

Das änderte sich im Kapitalismus grundlegend: Der massgebende gesellschaftliche Reichtum floss nun nicht mehr dem Adel in die Hände, der seine gesellschaftliche Stellung auf den Besitz von Boden und auf das Kriegshandwerk abstützte. Vielmehr sammelte er sich nun in den Händen des Unternehmertums an, dessen gesellschaftliche Position auf dem Besitz von Kapital beruhte. Geld diente nicht mehr überwiegend der Finanzierung von Luxus und von Herrschaftsapparaten, sondern wurde in der Absicht investiert, Gewinn zu erzielen. Genau dies ist das Kennzeichen von Kapital. Im Kapitalismus verband sich also die gesellschaftliche Investitionsfunktion mit der Art und Weise, wie gesellschaftliche Macht hergestellt wurde, während Herrschaft in früheren Gesellschaften häufig einen überwiegend pa-

rasitären Charakter hatte. Geld regierte die Welt nun nicht mehr nur in Form von Reichtum und Kaufkraft, sondern modelte sämtliche ökonomischen Beziehungen nach den Gesetzmässigkeiten der Kapitalvermehrung um.

Es zeigte sich aber rasch, dass das kapitalistische Investitionsprinzip ungeeignet war, wenn es darum ging, übergeordnete gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen. Der Staat übernahm deshalb eine Reihe von Aufgaben: Die Energie- und Wasserversorgung, das öffentliche Transportwesen, öffentliche Schulen und so weiter. Damit übernahm er auch einen Teil der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Er tat (und tut) das allerdings nur subsidiär zu den Kapitalinteressen. Der ›Staat‹ soll also nur das tun, was der ›Markt‹ nicht leisten kann, denn – so die passende Ideologie – Märkte seien a priori effizienter als der Staat. Das lässt sich zwar empirisch nicht belegen, gehört aber zum Kanon bürgerlichen Gedankengutes.

Im Ergebnis tritt die Investitionsfunktion im Kapitalismus als Mischform auf: Die private Kapitalakkumulation dominiert, wird aber ergänzt mit Formen öffentlich geregelter Investitionstätigkeit. Dem Staat werden jedoch Gewinn bringende Tätigkeiten verwehrt (diese sollen ausschliesslich von privater Seite erbracht werden). Entsprechend verfügt er über keine eigenständige investive Dynamik. Die Mittel für staatliche Aufgaben müssen durch Steuern, Gebühren oder durch die Aufnahme von Geldmitteln auf den Kapitalmärkten (Staatsanleihen) aufgebracht werden.

In den gegenwärtigen ökonomischen Statistiken wird nur das als Investition erfasst, was in Form von Geld vorliegt. Das führt zu Verzerrungen der realen Prozesse, und diese Verzerrungen werden umso bedeutender, je mehr sich die gesellschaftlichen Tätigkeiten in den Bereich des Wissens und der zwischenmenschlichen Beziehungen verlagern. Beispiele: Ein Grossteil der Aktivitäten, die die Qualität des Internets als Kommunikations- und Informationsplattform ausmachen, werden nicht als ökonomisch ›erkannt‹ und deshalb auch nicht gezielt gefördert. Investitionen in den Aufbau von Kindertagesstätten, in die Ausbildung des Personals usw. erscheinen als ›Konsum‹, als gesellschaftliche

Kosten, und nicht als Investitionen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch die eine Fülle von Tätigkeiten einer »entkommerzialisierten Ökonomie« gefördert würden, erscheint als Desinvestition, weil dadurch das in Geld gemessene Wirtschaftsprodukt sinkt.